

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 17 (1976)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Parteien und MFA nach neuer Flurbereinigung : werden in Portugal doch endlich die Wähler massgebend?  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094675>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Werden in Portugal doch endlich die Wähler massgebend?

# Parteien und MFA nach neuer Flurbereinigung

Ein Bericht unseres Korrespondenten

Das Datum vom 25. April brachte 1974 den Sturz des «ancien régime» durch Spinola und 1975 die kommunistisch eingeschränkte Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung ohne Kompetenzen. 1976 aber bringt es jene Parlamentswahlen, von denen KP-Chef Cunhal vor einem Jahr triumphierend gesagt hatte, es werde sie nie geben. Das ist noch nicht der Sieg der Demokratie, aber es ist ihre bisher beste Chance.

Mit der Unterzeichnung eines Abkommens zur Verfassungsänderung haben in Portugal die herrschenden Militärs der «Bewegung der Streitkräfte» (MFA) — teilweise — den Forderungen der politischen Parteien nachgegeben.

## Rückgabe der Macht an die Wähler?

Der neue sogenannte Verfassungspakt zwischen «Revolutionsrat» und Parteien soll die Rückkehr zu einer zivilen Regierung sichern. Er legt fest, dass am 25. April das Parlament (Nationalversammlung), am 26. Juni der Staatschef durch das Volk gewählt werden soll; gemäss «Pakt» muss der Präsident der Republik ein Offizier sein.

Der 25. April, unterdessen zum Nationalfeiertag erhoben, ist der Tag, an dem 1974 die portugiesischen Militärs in einer unblutigen Erhebung das autoritäre Regime des damaligen Ministerpräsidenten Marcello Caetano stürzten.

Zweifellos, der neue «Pakt» ist ein wichtiger Schritt zur Errichtung der Demokratie in Portugal. So ist denn auch die allgemeine Reaktion in Portugal augenblickliche Erleichterung. Nicht wenige Portugiesen sind davon überzeugt, dass das Abkommen zwischen Militärs und Parteien das politische Leben nun endlich stabilisieren wird; nach zwei Jahren hat das Volk genug von den revolutionären Umtrieben, die Portugal an den Rand des Chaos und in den wirtschaftlichen Ruin führten.

Gemässigte Politiker vertreten die Ansicht, dass angesichts der politischen Realitäten den MFA-Militärs nach wie vor eine Rolle als Vermittler zwischen den politischen Kräften zugestanden werden müsse. Die Kommunisten ihrerseits be-

klagen die Rolle der «feindlichen» Parteien; der neue «Verfassungspakt» unterstütze und stärke die «Reaktion».

Mit dem ersten «Pakt», der vor bald einem Jahr vom damals noch mehrheitlich prokommunistischen «Revolutionsrat» den Parteien vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung (Konstituante) diktiert worden war, hatten sich die Militärs (das heisst ihre prokommunistische Führungsspitze) das letzte Wort bei allen Entscheidungen gesichert; auch wollten sie «nicht vor fünf Jahren» in die Kasernen zurückkehren.

## Wird die «Verfassungskommission» den Wählerwillen stützen oder sabotieren?

In der Tat, das neue Abkommen ist ein «historischer Schritt» zur Entwicklung der Demokratie. Aber der Weg «dorthin» ist noch keineswegs gesichert.

Der «Revolutionsrat» hat sich eine «beratende Stimme» gegenüber der Nationalversammlung gesichert. Das Parlament kann sich aber immerhin mit Zweidrittelmehrheit über dessen Ratschläge hinwegsetzen. In einer sogenannten Verfassungskommission, die darauf zu achten haben wird, dass das Parlament «keine Gesetze erlässt, die der («revolutionären») Verfassung widersprechen», werden auch MFA-Offiziere vertreten sein. Es ist anzunehmen, dass die Kommunisten versuchen werden, in diese Kommission Offiziere «einzuschmuggeln», die mit mehr oder weniger Offenheit kommunistische Machtziele fördern.

## «Landreform» mit den Bauern oder gegen die Bauern?

In der Verfassung, die nun bis zu den Parlamentswahlen fertiggestellt werden muss, sollen gewisse «sozialistische Massnahmen» verankert werden.

Dabei ist den Kommunisten vor allem an der Landreform gelegen, die bisher durch gesteuerte «wilde» Besetzungen gekennzeichnet war.

Gegen die «Sozialisierung» der Landwirtschaft revoltieren die Bauern Nordportugals, die wiederholt gedroht haben, Lissabon «auszuhungern», sofern an der Reform in ihrer jetzigen Zielsetzung festgehalten werde.

Die nordportugiesischen Bauern fürchten, dass die Landreform auf Enteignung allen Grundbesitzes und Kollektivierung, und zwar gemäss kommunistischer Salamitaktik, hinziele. In ihren

Protestversammlungen ist wiederholt auf das Schicksal der osteuropäischen Bauernschaft hingewiesen worden.

Im (linkssozialistischen) Landwirtschaftsminister Lopez Cardoso vermuten die Bauern einen verkappten Kommunisten. Cardoso gab zwar am 12. Januar gegenüber der Lissabonner Zeitung «Jornal Novo» zu, dass es ein «grosser Fehler» war, eine Agrarreform, die für das Gebiet mit Grossgrundbesitz (Alentejo, Algarve) entworfen worden war, auch auf Gebiete mit vorwiegend kleinen Anwesen übertragen zu wollen. ... Wenn wir es aber nicht schaffen, die Agrarreform richtig durchzuführen ... , dann könnte das in eine Krisensituation führen. Aus diesem Grund kann das Schicksal unserer Revolution sehr wohl von der Agrarreform abhängen».

Bei anderer Gelegenheit war Cardoso so «ehrlich» zu erklären, dass er — langfristig gesehen — an eine Kollektivierung der gesamten Landwirtschaft glaube! ...

## Wie obligat ist der «sozialistische Weg»?

Von Seiten der Bauern ist unlängst an einer Protestversammlung in Braga erklärt worden: «Wir haben nichts gegen den Gedanken der Kollektivierung, aber es muss hervorgehoben werden, dass dieser Gedanke nicht das Eigentum der osteuropäischen Länder ist; er existiert in den westlichen Ländern in der Form der Kommunal-Landwirtschaft — und das wollen wir im Norden. ... Wir rufen alle portugiesischen Bauern auf, wachsam gegenüber allem zu bleiben, was in diesem Lande passiert, denn die von der Regierung gemachten Schulden müssen von allen Portugiesen bezahlt werden. Wir werden keine Anordnungen von einer totalitären Regierung befolgen; ... die Landreform muss auf den von den Bauern vorgeschlagenen Lösungen basieren.»

Das verankerte Wächteramt in der Verfassungskommission deutet unter anderem darauf hin, dass die Offiziere, die in den vergangenen zwei

## Ohne einen einzigen Schuss

Die abschliessende Folge der Untersuchung von Jan Kozak über die Bedingungen einer friedlichen kommunistischen Machtergreifung bringen wir in der nächsten Nummer. Dort steht unter anderem die Unabdingbarkeit der Diktatur des Proletariats zur Debatte. Wobei Kozak allerdings weniger den Ausdruck meint als die Sache, nämlich die Herrschaft des Parteiapparates im Namen der werktätigen Massen.

Jahren so oft im Namen des Volkes sprachen, ohne jemals ein solches Mandat erhalten zu haben, nach wie vor dem Volkswillen nicht so recht trauen. Mit anderen Worten: Portugals Weg zur Demokratie muss nach den Vorstellungen der Militärs «sozialistisch» sein; eine Alternative darf es offenbar nicht geben.

Was, wenn nun bei den bevorstehenden Wahlen das Volk sich für einen andern politischen Kurs ausspricht? Vieles deutet bereits jetzt darauf hin, dass die Parlamentswahlen einen «Rechtsrutsch» bringen könnten, das heisst Sieg der gemässigten (in den Augen der Kommunisten «faschistischen, reaktionären») Parteien, so der Demokratischen Volkspartei (PPD), des Demokratisch-Sozialen Zentrums (CDS) und der Christdemokraten (PDC). In diesem Falle käme es bei der Respektierung der Wahlergebnisse zur Probe aufs Exempel.

Wahrscheinlich werden wir schweigen. Schweigen vor Scham und Angst, vor Bitternis und Reue.» (S. 330)

Die Bitte eines «hageren, grauäugigen Jungen» um Vergebung, sein Wille zu stellvertretendem Leiden weisen der ganzen Last einen Ort. Erst wenn sie weggenommen ist, können bessere Zeiten anbrechen. Maximow hat das durch den Glauben erlebt.

Nun ist auch er im Westen — mit den mancherlei Vorzügen gegenüber einem sowjetischen Russland. Wir warten indessen immer noch auf bessere Zeiten, für uns und für unsere russischen Leser (und Nichtleser) dort zu Hause ... ■

# # SOI-Bilanz

Nur für Abonnenten

1. Jahrgang  
ersch. monatlich  
Fr. 80.-/DM 80.-/  
öS. 550.- jährlich  
Kont. siehe Seite 4

Bern, Mitte Januar 1976

- Wellen protektionistischer Massnahmen gehen durch die Welt.**  
Aber die Substanz ist bisher milder als der Lärm der Anwendung.  
Um sie richtig zu bewerten, muss man sie zusammen mit der seit 60 Jahren laufenden "polio-Runde" der GATT-Verhandlungen, Knapp vor Rezession der Kennedy-Runde, sondern alle Spielregeln des Welthandels zu diskutieren, langsame Detailarbeit schuf seither vielschichtige Verhandlungspositionen, in denen einseitiges Vorgehen Ketten von Konsequenzen haben muss.
- Rezession wirkt doppelt:** Sie beweist Bedürfnis nach Totalreform, macht aber innenpolitisch Mühe. Sie beweist Protektionismus, um Wirtschaftssektoren politisch zu beruhigen, ist typisch dafür. Doch die Gesamtverhandlungen bescheiden die Freiheit Einzelner. In GATT beruht alles verbindlich auf Aussichten, dass sich niemand von den Verhandlungen abgesagt. sich verbessern, wenn Nord-Süd-Dialog, Gespräche über Energie und Rohstoffe über Anfangsgeschwätz hinausreifen und ebenfalls verbindlich werden könnten. Letztendlich hängt alles von Dauer und Schärfe der Rezession ab, sowohl Erfolg der neuen Dialoge wie selbst Andauern der GATT-Disziplin.
- Russland könnte einer weiteren schlechten Ernte entgegengehen.**  
Zentralrussland und Sibirien haben Schneemangel, dauert das an, erfriert der Winterweizen, dessen Frühwachsung von Schnee isoliert werden sollte. Damit wäre rund die Hälfte der Ernte 1976 gefährdet.
- Die NATO blieb 1975 weiterhin uneinheitlich und ungenügend.**  
Berichte über anspruchsvolle Manöver und Straffung leere Worte. Geforderte Vereinheitlichung von Waffenproduktion und Doktrin kommt nicht voran. Sogar innerhalb nationaler Kontingente haben Divisionskommandeure eigene Konzepte, ohne Rücksicht auf Nachbardivisionen. Waffensysteme und Marschpläne hat in den letzten Monaten, berichtet Material aufgestockt. Diese Verstärkung gegenüber der NATO ist jetzt durchschnittlich 3:1. Seine Überlegenheit gegenüber in modernen Krieg neuerer Berechnungen sein, die Moskau über Verschiebung des Kommando politischen Druckperiode scheint, dass erhöhte Wirksamkeit für die kommende politische Druckperiode gesucht wird -- nach der Zwangspause wegen des Rückschlags in Portugal.
- Diskussion über Deute, "flexible" Eurokommunisten ist auf Irrwegen:**  
Weder Erkenntnisse zur Demokratie, noch Ton des Verkehrs mit Moskau sind relevant. Einzig: Sind die Marxisten-Leninisten? Wenn ja, dann wollen sie die Auflösung des Staates auf dem Umweg über einen Sozialismus, in dem sie allein befehlen. Da dies die Essenz ihrer Lehre ist, sind sie keine demokratischen Partner, sondern aus innerem Zwang Demokratiezerstörer.

SOI - Schweizerisches Ost-Institut • Jubiläumstrasse 41 • CH - 3000 Bern 6  
Forschung, Information und Dokumentation über internationale Entwicklungen

# Neu vom SOI

SOI-Bilanz  
heisst die neue  
weltpolitische  
Monatsanalyse  
des SOI.

SOI-Bilanz  
erscheint monatlich  
im Umfang von 4 Seiten  
und kostet  
Fr./DM 80.- pro Jahr.

SOI-Bilanz  
ist eine neue Dienstleistung des  
Schweizerischen Ost-Instituts.

SOI-Bilanz zeigt zuverlässig und  
sachlich Trends der internationalen  
Entwicklung.

SOI-Bilanz bringt  
konzentrierte Information  
für den überlasteten  
Zeitgenossen.

Probenummern erhalten Sie kostenlos  
und unverbindlich gegen  
Einsendung des untenstehenden Talons.

Bitte mit Blockschrift ausfüllen und einsenden an SOI, CH-3000 Bern 6.

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ + Ort:

wünscht kostenlose, unverbindliche Zusendung von zwei Probenummern der neuen SOI-Bilanz.